

## **Leistungsbeschreibung**

---

**Beförderung zur Grundschule Freiherr-vom-Stein, Steinstraße 20, 56073 Koblenz.**

**Beförderungsbeginn: 10.08.2026 (Schulstart)**

**Auftragsdauer zwei Schuljahre (Schuljahre 2026/2027 und 2027/2028) mit der Option zweimaliger Verlängerung um jeweils ein Schuljahr, spätestes Vertragsende ist der 19.07.2030.**

Die Beförderung zur Grundschule bezieht sich auf Wohnadressen aus den Koblenzer Stadtteilen:

Rauental, Goldgrube, Moselweiß, Karthause, Lay, Güls, Metternich, Altstadt, Südliche Vorstadt, Oberwerth, Stolzenfels. Es handelt sich aktuell (Stand 19.03.2026) um 9 Kinder.

Die ab dem Schuljahr 2026/2027 anzufahrenden Adressen bzw. Schülerzahl kann durch Zu- bzw. Wegzug sowie durch Schulneulinge abweichen. Sobald die konkreten Daten der zu befördernden Kinder vorliegen (voraussichtlich in den Sommerferien) werden diese dem Auftragnehmer unverzüglich mitgeteilt. Dies gilt auch für die darauffolgenden Schuljahre.

Klasse	Strasse	Hausnummer	PLZ	Ort	Ortsteil
1	Am Fort Konstantin	21	56075	Koblenz	Karthause Nord
1	Bogenstraße	23	56073	Koblenz	Goldgrube
1	Austinstraße	72	56075	Koblenz	Karthause Flugfeld
2	Simmerner Straße	1	56075	Koblenz	Karthause Nord
2	Maistraße	1	56073	Koblenz	Lay
3	Am Fort Konstantin	21	56075	Koblenz	Karthause Nord
3	Stralsunder Straße	15	56075	Koblenz	Karthause Flugfeld
3	Trierer Straße	281a	56072	Koblenz	Metternich
4	Wismarer Straße	7	56075	Koblenz	Karthause

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, über alle bei der Gelegenheit der Leistungsausführung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, Verschwiegenheit zu wahren.

<b>Rechtzeitige Hinfahrt zum Unterrichtsbeginn (Mo.-Fr.):</b>	<b>8:00 Uhr</b>
<b>Rechtzeitige Rückfahrt nach Unterrichtsende (Mo.-Do.):</b>	<b>16:00 Uhr</b>
<b>Rechtzeitige Rückfahrt nach Unterrichtsende Klassenstufen 1 + 2 (Fr.):</b>	<b>12:00 Uhr</b>
<b>Rechtzeitige Rückfahrt nach Unterrichtsende Klassenstufen 3 + 4 (Fr.):</b>	<b>13:00 Uhr</b>

Bei unvorhersehbaren Ereignissen sowie vorzeitigem Unterrichtsschluss muss gewährleistet sein, dass ein Rücktransport schon zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen kann.

Abweichende Zeiten, z.B. an Tagen der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse, Schulfeste sowie zu Ferienbeginn werden dem Auftragnehmer von der Schulleitung mitgeteilt.

Das Fahrpersonal nimmt die Kinder am Fahrzeug in Empfang bzw. übergibt sie dort.

Die Beförderung der Kinder vom Wohnort zur Schule und umgekehrt soll die Zeit von 30 Minuten grundsätzlich nicht überschreiten.

Der Auftragnehmer reicht die Tourenpläne, versehen mit den Abfahrtszeiten der einzelnen Kinder einschließlich Kilometerangabe, vor Ende der Sommerferien beim Auftraggeber ein. Eine Ausfertigung erhält der Auftraggeber, eine die Schulleitung. Vier Wochen nach Schulbeginn legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine aktualisierte Fassung der Tourenpläne vor.

Änderungen der Touren oder ein Wechsel/Änderung der beförderten Kinder sind der Schulleitung und dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Die Beförderung ist mit geeigneten Kraftfahrzeugen/Kraftomnibussen an allen Schultagen (Montag – Freitag) durchzuführen. Die Fahrzeuge haben sich in Größe und Art der Ausstattung/Ausrüstung an dem jeweiligen Bedarf zu orientieren.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im besonderen Maße auf die sichere Durchführung der Fahrten und die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und Sicherheitsbestimmungen (Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrszulassungsordnung, Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr sowie die hierzu behördlich erlassenen Anordnungen etc.) zu achten.

Bei besonderen Vorkommnissen, die den Verdacht erwecken, dass das Fahrzeug nicht mehr verkehrssicher ist, kann der Auftraggeber verlangen, dass eine vorgezogene TÜV-Hauptuntersuchung durchgeführt wird. Die Kosten für diese Untersuchung trägt der Auftragnehmer.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge auf seine Kosten mit den vorgeschriebenen Schildern zu kennzeichnen.

Die Ausrüstung und Bereifung der Fahrzeuge ist den Witterungsbedingungen anzupassen.

Sollte für die Beförderung der Kinder die Verwendung von Rückhalteeinrichtungen für die Benutzung von Sicherheitsgurten vorgeschrieben sein (§ 21 Straßenverkehrsordnung), gehen Anschaffung und Kosten hierfür zu Lasten des Auftragnehmers.

Das eingesetzte Fahrpersonal muss die für das jeweilige Fahrzeug erforderliche gültige Fahrerlaubnis besitzen (z.B. Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung/Personenbeförderungsschein, Führerschein Klasse D oder D1).

Das Fahrpersonal muss ein erweitertes Führungszeugnis OE gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorlegen. Der Auftragnehmer hat mit Beförderungsaufnahme dem Auftraggeber hierüber entsprechende Nachweise vorzulegen.

Das Fahrpersonal ist nicht berechtigt Kinder aus dem Bus zu verweisen. Kinder, die die Sicherheit und Ordnung des Fahrbetriebs oder anderer Kinder gefährden, sind unverzüglich der Schulleitung und dem Auftraggeber zu melden.

Jeglicher Wechsel des Fahrpersonals ist der Schulleitung und dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Zur Sicherheit der Kinder müssen alle eingesetzten Fahrzeuge über Handy oder Funk verfügen, damit bei einem Unfall oder anderen unvorhersehbaren Ereignissen Hilfe gerufen werden kann. Bei Verspätungen über 10 Minuten ist die Schulleitung telefonisch zu informieren.

Treten unvorhersehbare Umstände ein, die den Auftragnehmer vorübergehend daran hindern, der vereinbarten Leistung nachzukommen, hat er unverzüglich für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Sollten dadurch Mehrkosten entstehen, gehen sie zu Lasten des Auftragnehmers. Der Einsatz von Subunternehmen ist grundsätzlich nicht zulässig, in diesem Fall jedoch nach Absprache mit dem Auftraggeber möglich.

Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen, so ist der Auftraggeber ermächtigt, ein anderes Unternehmen mit dem Transport zu beauftragen. Die Kosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Der Auftragnehmer übernimmt das im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Auftrags erforderliche Beschwerdemanagement. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Reklamationen, Wünsche und Kritik aufzunehmen, zu beantworten und Konflikte im Rahmen seiner Möglichkeiten zu lösen. Ein hohes Maß an Engagement, Flexibilität und ein höflicher Umgang werden vorausgesetzt.

Der Auftraggeber kann verlangen, dass der Auftragnehmer Fahrpersonal, das wiederholt durch unangepasstes Verhalten berechnigte Beschwerden verursacht hat, nicht mehr in der Schülerbeförderung für den Auftraggeber einsetzt.

Die telefonische Erreichbarkeit des Auftragnehmers ist während der Transportzeiten sowie mindestens eine halbe Stunde vor Transportbeginn und nach Transportende sicherzustellen.

Für die beim Betrieb des Fahrzeuges eintretenden Schäden (Personen- und Sachschäden) haftet der Auftragnehmer im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechend dieser Bestimmungen für einen höchstmöglichen Versicherungsschutz zu sorgen.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, wenn ihm eine Zahlungsfrist nach § 39 Versicherungsvertragsgesetz gestellt oder wenn das Versicherungsverhältnis ganz oder teilweise gekündigt oder beendet wird.

Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstehen, sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Mündliche Mitteilungen sind vom Auftragnehmer spätestens binnen zwei Werktagen schriftlich zu bestätigen.

Der Auftragnehmer reicht nach Ablauf eines jeden Kalendermonats dem Auftraggeber eine Auflistung über die erbrachten Leistungen (Anzahl der Beförderungstage und der eingesetzten Fahrzeuge) ein. Sind Beförderungstage ausgefallen, so ist der dafür gegebene Grund anzugeben. Der Auftragnehmer hat die Richtigkeit der Angaben von der Schule auf dem Leistungsnachweis bestätigen zu lassen.

Die Zahlungen des vereinbarten Beförderungsentgelts können eingestellt werden, wenn der Auftragnehmer den Leistungsnachweis trotz Aufforderung nicht bis zum 15. des Folgemonats erbringt.

Die Tagespauschale enthält sämtliche dem Auftragnehmer entstehenden Kosten.

Das Umsatzsteueränderungsrisiko verbleibt beim Auftraggeber.

Die Zahlung des Beförderungsentgelts erfolgt zunächst in monatlichen pauschalen Vorauszahlungen. Die Höhe der monatlichen Raten errechnet sich aus der Tagespauschale multipliziert mit der Anzahl der Beförderungstage. Für die Berechnung der Pauschale wird angenommen, dass pro Jahr 180 Beförderungstage anfallen:

$\text{Tagespauschale} \cdot 180 \text{ Beförderungstage} / 12 \text{ Monate} = \text{Monatspauschale}$

Die Monatspauschale wird vom Auftraggeber zum 15. des jeweiligen Monats auf das Konto des Auftragnehmers überwiesen.

Die Schlussrechnung erfolgt grundsätzlich nach Ablauf des Schuljahres auf Grundlage der Leistungsnachweise. Ergeben sich bei der Abrechnung Überzahlungen an den Auftragnehmer, so werden diese zurückgefordert. Bei Minderzahlungen erfolgt eine Nachzahlung.

Für jeden Beförderungstag, an dem keine Beförderungsleistung erbracht wird, hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Vergütung.

Eine Änderung der Zahl der zu befördernden Schüler/innen im Rahmen des Fassungsvermögens der eingesetzten Fahrzeuge führt nicht zu einer Änderung der Tagesvergütung, da hierdurch keine Mehrkilometer entstehen.

Abweichungen zwischen der kürzesten Wegstrecke und der tatsächlichen Fahrstrecke haben keine Auswirkungen auf die festgelegten Pauschalen und sind bei der Preiskalkulation zu berücksichtigen.

Die für eine Anpassung der pauschalen Vorauszahlung zugrundeliegende kürzeste „Wegstrecke“ beginnt bei der ersten Anfahrsadresse des Fahrplans und endet an der Schule. Der Einfachheit halber wird für die Berechnung der Anpassung lediglich die am Morgen anfallende Wegstrecke zugrunde gelegt.

Eine Anpassung der pauschalen Vorauszahlung und des Pauschalpreises pro Tag findet ab einer Abweichung der o.g. Wegstrecke von mehr als 10 % nach oben oder unten statt. Dabei wird ab dem Zeitpunkt der tatsächlichen Änderung ein neuer Tagespauschalpreis festgesetzt. Dieser wird prozentual entsprechend der tatsächlichen Abweichung erhöht oder verringert. Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich gegenseitig, sich bei einer Verkürzung oder Verlängerung der Wegstrecke um mehr als 10 % gegenseitig unverzüglich zu informieren.

Aus wichtigen Gründen ist eine fristlose Kündigung zulässig. Als wichtige Gründe gelten insbesondere grobe Zuwiderhandlungen gegen die Sicherheitsbestimmungen, der Beginn neuer schulorganisatorischer Maßnahmen sowie eine wesentliche Änderung der Schülerzahl außerhalb des o.g. Rahmens, die den Einsatz eines anderen oder mehrerer anderer Fahrzeuge erforderlich macht.

Kündigungen bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.

Im Falle der außerordentlichen Kündigung, die durch den Auftragnehmer verschuldet ist, ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem

Auftraggeber wegen der vorzeitigen Kündigung des Vertrags entstanden ist. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben vorbehalten.

Gerät der Auftragnehmer in Insolvenz oder beantragt er ein Vergleichsverfahren, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer stimmt mit der Angebotsabgabe zu, dass der „Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden“ sowie das „Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern bei der Beförderung von Schülern“ verpflichtend zu beachten sind.

---